

## Faktenblatt zu den Ankündigungen des Kultusministers Schneider

- von *Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL* -

**Schneiders Ankündigungen: „1000 Lehrer mehr“ und „Absenkung der Klassenstärken“** - Der Minister hat die Bereitstellung von Mitteln für die Einstellung von 1021 Lehrerinnen und Lehrern zum kommenden Schuljahr und die Absenkung der Klassenstärken auf 30 an den weiterführenden Schulen angekündigt. Fakten sind:

### Gymnasien:

- ◆ Laut Nachschubliste sollen weitere 200 Lehrerinnen und Lehrer für das kommende Schuljahr an den Gymnasien eingesetzt werden.
- ◆ Schüleranstieg: In den letzten drei Jahren verzeichneten die Gymnasien ein Plus von 25.000 Schülerinnen und Schüler, der Höhepunkt wird für das nächste und übernächste Schuljahr erwartet. Für das kommende Schuljahr werden zwischen 8000 und 10.000 neuen Kindern mehr an den Gymnasien erwartet, für das übernächste Schuljahr weitere 7000.
- ◆ Von 9080 Klassen, die es an den staatlichen Gymnasien gibt, sitzen in gut einem Drittel (3222) über 30 Kinder. 610 Klassen führen 33 Kinder und mehr. Die Ankündigung der Absenkung der Klassenstärken beschränkte sich bisher darauf, Klassen mit über 34 Kindern abzuschaffen. In einem zweiten Schritt sollten die Klassen auf höchstens 33 Kinder zurückgefahren werden. Es bleibt also im kommenden Schuljahr bei den 3222 Klassen mit über 30 Kindern.

Zusammenfassung: Mehr Schüler müssen logischerweise von mehr Lehrern beschult werden. Das ist keine Verbesserung der Lage, nur eine Verhinderung, dass es noch schlimmer kommt. Im Übrigen steht gar nicht fest, dass der Minister diese Lehrer überhaupt einstellen kann, weil es so viele nämlich gar nicht gibt. **Insgesamt: Keine echte Verbesserung der Situation.**

### Realschulen:

- ◆ Laut Nachschubliste sollen weitere 300 Lehrerinnen und Lehrer für das kommende Schuljahr an den Realschulen eingesetzt werden.
- ◆ Schüleranstieg: An den Realschulen werden auch in diesem Schuljahr wieder 2900 Kinder mehr unterrichtet als im letzten Schuljahr. Die Realschulen haben ihre Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2004/2005 insgesamt um 14.000 Kinder erhöht.
- ◆ Von 5886 Klassen an den Realschulen insgesamt, sitzen in knapp der Hälfte (2655) über 30 Kinder. 567 Klassen führen 33 Kinder und mehr.

Zusammenfassung: **Keine echte Verbesserung der Situation.**

### Berufliche Schulen:

- ◆ Laut Nachschubliste sollen weitere 110 Lehrerinnen und Lehrer für das kommende Schuljahr an den BOS und FOS eingesetzt werden.
- ◆ Schüleranstieg: Die FOS entwickelt sich zum Renner. Sie gewinnt in den letzten drei Jahren 6000 Schüler hinzu und wächst um 25 Prozent. An den Fachoberschulen werden auch in diesem Schuljahr wieder 6000 Schülerinnen und Schüler mehr unterrichtet als im letzten Schuljahr. Seit Jahren schieben die beruflichen Oberschulen eine 10 Prozent Budgetunterdeckung vor sich her.
- ◆ Die Berufsschulen bekommen keinen einzigen neuen Lehrer.

Zusammenfassung: **Keine echte Verbesserung der Situation.**

**Bewertung:** Es klingt absurd, aber es wird mit dem bereitgestellten Geld für 1021 neue Lehrerinnen und Lehrer im nächsten Schuljahr keine echte Verbesserung erreicht. Die Absenkung der Klassenstärken ist für das Ende der nächsten Legislaturperiode – also 2012 - angekündigt. Wenn nicht wieder was dazwischen kommt.

**Schneiders Ankündigung: „Ausbau der Ganztagschulen“** - Der Minister hat 174 neue Ganztagsklassen an Hauptschulen verkündet. Fakten sind:

- ◆ Von den 2300 staatlichen **Grundschulen** führen insgesamt 40 Grundschulen einzelne gebundene Ganztagsklassen. Ein weiterer Ausbau der gebundenen Ganztagsklassen ist nicht vorgesehen und auch nicht erwünscht. Stattdessen bekommen die in Elterneigeninitiative organisierten Mittagsbetreuungen staatliche Förderung. Kostenfrei und pädagogisch hochwertig ist das Angebot deshalb noch lange nicht.
- ◆ Von den 1100 staatlichen **Hauptschulen** führen ab dem nächsten Schuljahr insgesamt 336 Schulen gebundene Ganztagsklassen.
- ◆ Von den 220 staatlichen **Realschulen** führen insgesamt 10 Schulen gebundene Ganztagsklassen.
- ◆ Von den 306 staatlichen **Gymnasien** führen insgesamt 12 Schulen gebundene Ganztagsklassen. Diese 12 Schulen sind übrigens die 12 Gymnasien, die am Schulversuch G8 teilgenommen hatten. Es ist seitdem keine dazu gekommen. An den Gymnasien setzt die Staatsregierung stattdessen auf den Ausbau der offenen Angebote, die von Eltern und Kommunen gezahlt werden müssen und den pädagogischen Qualitätskriterien nicht immer standhalten.

**Bewertung:** Die Ganztagsschul-Politik der Staatsregierung führt zu einem enormen Ungleichgewicht innerhalb der Schularten. Nur die Hauptschulen erhalten tatsächlich Lehrer um gebundenen Ganztagsklassen zu installieren.

Am Rande zur Erinnerung: Die Gelder aus dem IZBB Programm sind zu zwei Dritteln in die Gymnasien gegangen.

### **Schneiders Ankündigung: „Verbesserungen im G8“. Fakten sind:**

Die Klagen über den Lehrplan des Gymnasiums sind nicht neu. Aus diesem Grund gab es eine großangelegte Revision des Lehrplans des G9, die kurz vor der Einführung des G8 stattgefunden hatte. Dieser neue G9-Lehrplan war dann Grundlage des ersten Lehrplans fürs G8. Der G8-Lehrplan wurde eingeführt und für hervorragend befunden (siehe Äußerungen des Ministers bei der Vorstellung im Bildungsausschuss).

Nachdem die Klagen sich häuften, wurden, nachdem das Kultusministerium noch einmal eine Überprüfung des Lehrplans vorgenommen hatte, die Lehrer für zu blöd erklärt, nach dem Lehrplan zu unterrichten. Statt den Lehrplan zu verändern, wurde eine Handreichung für Lehrkräfte herausgegeben, die erklären sollte, wie mit dem vorhandenen Lehrplan umgegangen werden sollte.

Vor zwei Monate wurde dann Staatssekretär Sibler beauftragt mit einer Arbeitsgruppe ans Eingemachte zu gehen. Man durfte gespannt sein. Was jetzt herausgekommen ist, bewertet Roland Kirschner, Leiter der Fachgruppe Gymnasium der Fachgruppenabteilung der Gymnasien im BLLV so:

#### **Reform mit dem Rechenschieber**

Mit den am 8.4. vorgestellten Plänen ist dem Kultusminister ein Kunstgriff gelungen, der getrost als Taschenspielertrick bezeichnet werden kann: Durch Streichen der Intensivierungsstunden wird das Pflichtstundenmaß von derzeit 266 auf 260 Jahreswochenstunden gesenkt. Um den Vorgaben der KMK vom 6. März 2008 aber zu genügen, werden Schüler verpflichtet, fünf zusätzliche Stunden (Intensivierung oder Wahlunterricht) zu wählen – offenbar nach dem Motto: Verpflichtet werden die Schüler nicht, aber freiwillig müssen sie es wollen.

Den Ausbau des Gymnasiums zu einer echten Ganztageschule scheut die Staatsregierung – wohl wegen der damit verbundenen Kosten. Stattdessen wird nur davon gesprochen, dass lange Schultage „rhythmisiert organisiert werden“ sollen. So greift sie auf die altbekannte, für den Freistaat kostenneutrale Strategie zurück, Probleme an die Schule zu delegieren. Denn durch die Verpflichtung, fünf Stunden zusätzlich zu wählen, wird sich am Nachmittagsunterricht wohl nicht viel ändern. Dafür ist dann aber natürlich nicht mehr der Freistaat verantwortlich, sondern die einzelne Schule.

Wird diese Reform wenigstens eine Entlastung für die Schüler bringen? Das ist fraglich. Denn im Endeffekt wird die Stundenbelastung ja nur um eine Stunde gesenkt. Darüber hinaus ist nicht der Nachmittagsunterricht alleine für die Schüler belastend. Unerträglich wird er ja nur, weil danach keine Zeit für Erholung ist, sondern für die nächste (angekündigte oder unangekündigte) Prüfung gelernt werden muss. Daran wird auch die Vorgabe nichts ändern, dass (in der Unterstufe) an Tagen mit Nachmittagsunterricht keine schriftliche Hausaufgabe auf den nächsten Tag gegeben werden darf. An der hohen Selektivität des Schulsystems im Allgemeinen und des Gymnasiums im Speziellen rührt Schneider nämlich nicht. Weiterhin ist das Gymnasium von einer erheblichen Fächerzersplitterung gekennzeichnet: 14 verschiedene Fächer, die ein Achtklässler hat, ziehen natürlich entsprechend häufige Prüfungssituationen nach sich. Aber genau diese ständige Angst vor drohenden Prüfungen ist für Schüler belastend. So bleibt es leider bei einer Reform mit dem Rechenschieber.“

**Schneiders Ankündigung: „Änderungen beim Übertritt auf weiterführende Schulen“ -**

Der Ministerpräsident und der Kultusminister denken über eine Entlastung der Familien beim Übertritt nach. Bis Ende dieses Jahres wird mit den Eltern über Einzelheiten beraten. Fakten sind:

- ◆ Die fürs nächste Schuljahr angekündigte Neuerung ist, dass nicht mehr nur die Kinder, die ein Übertrittszeugnis wollen, eines bekommen, sondern dass das Zwischenzeugnis das für alle geltende Übertrittszeugnis an eine weiterführende Schulart ist.
- ◆ Eine weitere Neuerung ist, dass in der 5. Klasse der Hauptschule eine weitere Förderstunde stattfindet.

**Bewertung:** Die beiden Maßnahmen nehmen keinen Druck von den Kindern.